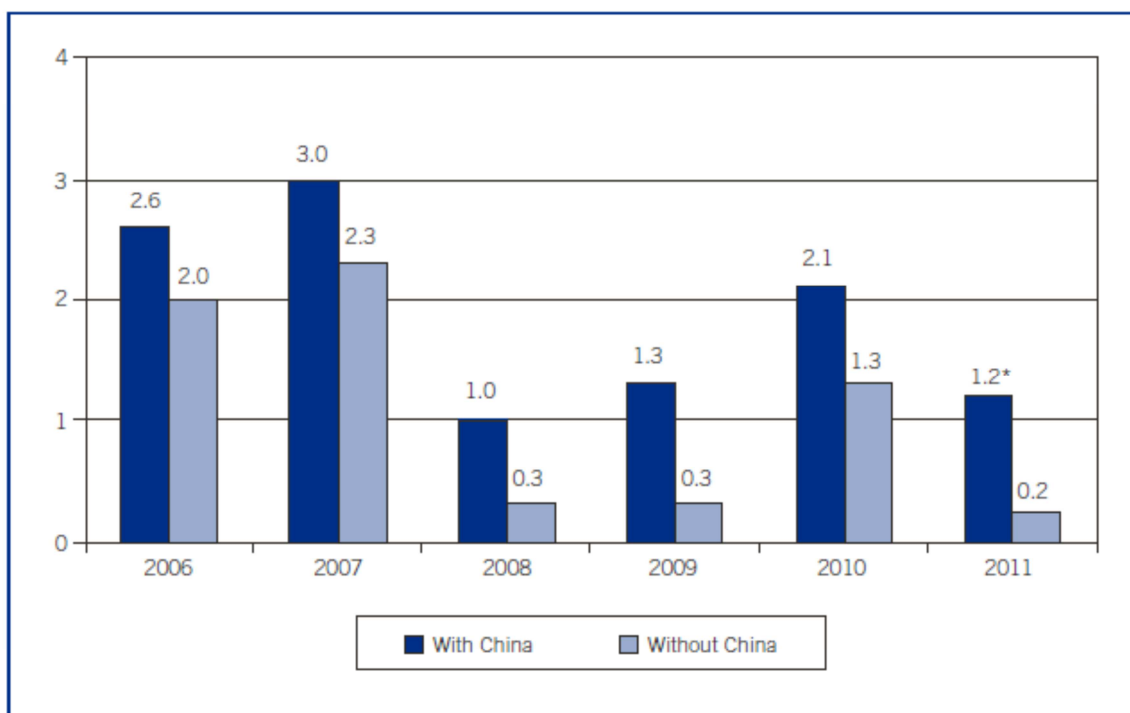


Der Globale Lohn-Report der ILO: Zusammenfassung

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise drückt weiterhin auf die Löhne. Weltweit stiegen die Reallöhne langsamer als vor Ausbruch der Krise. In den Industrieländern kam es sogar zu Rückgängen.

Im weltweiten Durchschnitt stiegen im Jahr 2011 die monatlichen Bruttolöhne unter Abzug der Inflation um 1,2 Prozent. 2010 hatte der Zuwachs noch bei 2,1 Prozent gelegen und 2007, vor Ausbruch der Krise, sogar bei 3 Prozent. In dieser Rechnung ist jedoch China wegen seiner Größe und seiner dynamischen Wirtschaftsentwicklung ein dominanter Faktor. Ohne China nahmen die globalen Durchschnittslöhne 2011 real nur noch um 0,2 Prozent zu, nach 1,3 Prozent im Jahr 2010 und 2,3 Prozent 2007.

Annual average global real wage growth, 2006–11 (%)



Die Entwicklungen unterscheiden sich dabei sehr stark von Region zu Region. Während Lateinamerika, Afrika und mehr noch Asien weiterhin recht große Reallohnzuwächse verzeichneten, kam es in den Industrieländern zu einem „double dip“: Nach einer leichten Erholung 2009-10 war die Lohnentwicklung im 2011 hier erneut negativ. Betrachtet man den Zeitraum von 2000 bis 2011, haben sich die Reallöhne in Asien annähernd verdoppelt. In den Industrieländern betrugen die kumulierten Zuwächse dagegen nur etwa 5 Prozent. In Osteuropa und Zentralasien waren die Schwankungen am höchsten: Einer kräftigen Erholung der Löhne in der Nach-Transformationszeit folgte ein umso heftigerer Einbruch 2009.

Dabei sollten jedoch die Unterschiede beim absoluten Lohnniveau nicht vergessen werden. So verdient ein Arbeiter im verarbeitenden Gewerbe auf den Philippinen durchschnittlich 1,40 Dollar pro Stunde, in Brasilien 5,40 Dollar, in Griechenland 13 Dollar, in den USA 23,30 Dollar und in Dänemark 34,80.

Schrumpfende Lohnquote

In den Industrieländern nahm die Arbeitsproduktivität zwischen 1999 und 2011 im Schnitt mehr als doppelt so stark zu wie der Durchschnittslohn. In Deutschland etwa stieg die

Produktivität in den vergangenen zwei Jahrzehnten um fast ein Viertel, während jedoch die Reallöhne stagnierten und zwischen 1999 und 2007 sogar rückläufig waren. Immerhin lässt sich hier seit Ausbruch der aktuellen Krise eine Kehrtwende beobachten.

Diese Entwicklungen führten zu einer Umverteilung des Volkseinkommens: Die Lohnquote schrumpft in den meisten Ländern, während zugleich der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen zunimmt. Ein wesentlicher Grund dafür ist die geringere Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, vor allem infolge der Globalisierung und des wachsenden Einflusses der Finanzmärkte.

Der Rückgang der Lohnquote hat zu einer Umverteilung auf die Wahrnehmung der Ungleichheit auf den Arbeitsmärkten – insbesondere was die als exzessiv empfundenen Bezüge in Konzernvorständen und im Finanzsektor anbelangt – und zum anderen auf die Nachfrage, weil der Konsum der privaten Haushalte tendenziell zurückgeht. In einigen Ländern wurde die schwache Binnennachfrage durch umso höhere Exporte ausgeglichen. Das gilt besonders für Deutschland, wo die Exporte für ein Drittel und bis Hälfte des Wirtschaftswachstums verantwortlich sind.

Doch dies kann keine Strategie für alle Länder sein, weil nicht alle zur gleichen Zeit einen Handelsbilanzüberschuss haben können. Wenn zudem viele Länder zur selben Zeit versuchen, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch eine Niedriglohnpolitik zu steigern, kann es zu einem „race to the bottom“ kommen, einem Wettlauf um immer niedrigere Löhne, der zu immer niedrigerer Gesamtnachfrage führt.

Für ein ausgewogenes Wachstum

Zahlreiche Berichte aus jüngerer Zeit stellen einstimmig eine wachsende Einkommensungleichheit fest. Dies gilt zum einen für das Nationaleinkommen, wo in vielen Ländern dem Rückgang der Arbeitseinkommen ein Anstieg der Unternehmens- und Vermögenseinkommen gegenübersteht. Zum anderen geht auch bei den individuellen Einkommen die Schere zwischen Gering- und Topverdienern weiter auf. Solche inländischen Ungleichgewichte tragen dann wiederum zum Entstehen externer Ungleichgewichte bei, etwa wenn die schwache Binnennachfrage durch Exportüberschüsse oder durch allzu leichten Zugang zu Krediten und damit Verschuldung ausgeglichen wird.

Maßnahmen zum Abbau der Ungleichgewichte sind daher sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene unabdingbar. Die ILO-Experten warnen jedoch vor dem Versuch, sich aus der Krise heraus zu sparen. Die Politik sollte stattdessen eine Strategie verfolgen, die die Arbeitnehmerentgelte wieder in einen Zusammenhang mit dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zu bringen.

Die großen Leistungsbilanzüberschüsse in Ländern wie Deutschland zeigen, dass es durchaus Spielräume gibt, die Löhne an die Produktivitätszuwächse anzupassen, um so die Binnennachfrage zu stärken. Zugleich sollte ein Lohnsenkungswettlauf in den Defizitländern oder in der Eurozone insgesamt vermieden werden. Hinzu kommt, dass Sparmaßnahmen, die von außen erzwungen werden und nicht mit den Sozialpartnern abgestimmt sind, langfristig die Arbeitsbeziehungen und den sozialen Frieden gefährden.

Einen Beitrag zum Abbau der inländischen Ungleichgewichte kann beispielsweise die Stärkung der Institutionen zur Lohnfindung leisten. Die Schaffung eines günstigen Umfelds für Kollektivverhandlungen sollte daher eine politische Priorität sein, umso mehr als die stärkere Segmentierung des Arbeitsmarkts und der technologische Wandel in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Rückgang beim gewerkschaftlichen Organisationsgrad geführt haben. Gerade die Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor brauchen mehr Unterstützung bei den Lohnverhandlungen. Auch Mindestlöhne können, sofern sie in geeigneter Weise festgelegt werden, ein effektives Instrument zur Schaffung menschenwürdiger Arbeit mit angemessenen Löhnen sein.

Allerdings dürfte es unrealistisch sein, eine gleichmäßigere Einkommensverteilung allein durch arbeitsmarktpolitische Instrumente erreichen zu wollen. Ergänzend müssen weitere

Reformen hinzukommen, etwa im Bereich der Steuersysteme. Entscheidend dürfte vor allem eine Reform der Finanzmärkte sein, damit diese wieder ihre Rolle wahrnehmen, Ressourcen für produktive und nachhaltige Investitionen bereitzustellen.

In Entwicklungsländern sind darüber hinaus auch Programme denkbar, die Beschäftigungsgarantien mit Mindestlöhnen bieten. In Entwicklungs- und Schwellenländern sind jedoch nur etwa die Hälfte aller Beschäftigten Arbeitnehmer im formellen Sektor. Daher sind hier weitere Maßnahmen nötig, um mehr Erwerbsarbeit zu schaffen und zudem die Produktivität und damit die Verdienstmöglichkeiten der Selbständigen zu verbessern.

Die Steigerung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität bleibt eine der wichtigsten Herausforderungen. Dafür ist unter anderem eine Verbesserung der schulischen und beruflichen Bildung nötig. Darüber hinaus erlaubt die Entwicklung von an die jeweiligen nationalen Bedingungen angepassten Sozialschutzsystemen den Beschäftigten, geringere Sparbeträge zur Vorsorge vorzuhalten, mehr in die Bildung ihrer Kinder zu investieren und zu einer kräftigeren Binnennachfrage und damit höheren Lebensstandards beizutragen.